

Parkgebührenzonen, Energiesparmaßnahmen und queeres Leben – unsere BVV-Themenvorschau. Neue Parkgebührenzonen sind eines der Top-Themen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf nach der Sommerpause. Die Sitzung beginnt am Donnerstag, 1. September, um 17 Uhr im Rathaus an der Otto-Suhr-Allee 100. Die komplette Tagesordnung finden Sie unter diesem Link.

Das Bezirksamt will die Parkraumbewirtschaftung innerhalb der kommenden vier bis fünf Jahre auf das gesamte Gebiet innerhalb des S-Bahnringes ausdehnen (wir berichteten). Dazu passt ein Antrag der SPD und der Grünen: Die Verwaltung solle „weitere besonders geeignete Gebiete festlegen“ – und dabei auch die Möglichkeit des „reinen Anwohnerparkens“ prüfen. Außerdem seien zusätzliche Lieferzonen nötig, heißt es. Anwohnende und Gewerbetreibende müssten rechtzeitig informiert werden.

Die FDP-Fraktion lehnt die Ausweitung ab und erinnert an einen Bürgerentscheid aus dem Jahr 2007. Damals hatten 86,9 Prozent der Teilnehmenden gegen mehr Gebührenzonen gestimmt. Das sei zwar lange her, aber das Votum „ist weiterhin gültig und wurde nicht revidiert“, sagt der Vize-Fraktionschef und Verkehrspolitiker **Tobias Bergmann**. In einem voraussichtlich chancenlosen Antrag fordert die FDP, dass die BVV einen neuen Bürgerentscheid initiiert. Dies ermögliche der Paragraf 46 Absatz 4 des Bezirksverwaltungsgesetzes.

Zum Thema Energiesparen stehen mehrere Anträge und eine Große Anfrage auf der Tagesordnung. Die Linksfraktion fordert das Bezirksamt auf, die vom Berliner Senat geplanten Ziele für einen geringeren Energieverbrauch in öffentlichen Einrichtungen umzusetzen und sich möglichst an einem weitreichenderen Ziel der Europäischen Union zu orientieren; demnach sollen die Mitgliedsländer ihren Gasverbrauch um 15 Prozent reduzieren.

Darüber hinaus regen die Linken an, sozial engagierte Vereine, Träger und Einrichtungen angesichts der steigenden Energiekosten zu unterstützen. „Für alle in ihrer Existenz bedrohten Institutionen, die ihre Räumlichkeiten beim Bezirk anmieten, soll zum Ausgleich erhöhter Nebenkosten ein angemessener Mieterlass für den betreffenden Zeitraum geprüft und gewährt werden.“ Private Wohnungsmieter:innen will die Fraktion „vor Strom- und Gassperren schützen“ und setzt sich deshalb für eine kostenlose „Energieschuldenberatung“ ein.

Energiespar-Beratungen für den Einzelhandel schlägt die Grünen-Fraktion vor. Mit einer Großen Anfrage hat sie sich außerdem nach einem Konzept für Solaranlagen auf allen öffentlichen Gebäuden im Bezirk bis Ende 2024 erkundigt. Die Antwort von Stadträtin **Heike Schmitt-Schmelz** (SPD), die für bezirkseigene Liegenschaften zuständig ist, liegt schon schriftlich vor. Spoiler: Nach Auskunft der Stadträtin wurden die meisten Gebäude auf ihr „Solarpotenzial“ hin geprüft und Maßnahmen an geeigneten Orten „entweder bereits umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung“.

Kleine bis mittelgroße Windkraftanlagen zur Energiegewinnung auf öffentlichen Flächen und Gebäudedächern schlägt die FDP-Fraktion vor.

Hier eine kurze Übersicht weiterer Themen, die in die BVV eingebracht werden:

- **„Warmes Essen für Alle“** wünscht sich die SPD-Fraktion. Das Bezirksamt solle prüfen, inwieweit die „Subventionierung von Mittagstischen“ in Stadtteil- und Familienzentren oder anderen sozialen Einrichtungen möglich ist – vielleicht auch „mit Unterstützung durch die Landesebene“. Zur Begründung werden die steigenden Preise für Lebensmittel, Energie und Mieten genannt.

- **Die Einrichtung einer „Beauftragtenstelle für queeres Leben“** verlangen die Grünen und die SPD. Zu ihren Zielen solle es gehören, „Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität zu bekämpfen“, die Familien- und Jugendarbeit „im Bereich LSBTIQ* zu stärken“, den „Wandel der Verwaltungen voranzutreiben“ und die „Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu erhöhen. Charlottenburg-Wilmersdorf werde mit Menschen, die schwul, lesbisch, trans, queer, inter, bisexuell oder non-binär sind, „immer vielfältiger und bunter“, heißt es. Die Stelle der oder der Beauftragten solle „direkt bei der Bezirksbürgermeisterei angesiedelt sein“.
- **Für einen Frauenbeirat** spricht sich die SPD aus. Auch bei diesem Vorhaben werden non-binäre Geschlechtsidentitäten mitgedacht, denn im Antrag ist mehrmals auch von einem „Frauen*beirat“ die Rede. Das Gremium soll dem bestehenden Büro der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten angegliedert werden, aus Fachleuten bestehen und sich der „Gendergerechtigkeit und Gleichstellung“ widmen.
- **Auch Familienzentren „in jedem sozialen Stadtraum“** hält die SPD für sinnvoll. Die Einrichtungen seien „Anlaufstellen für Eltern mit Kindern, um zum Beispiel gemeinsam in Krabbelgruppen in den Austausch zu kommen oder Beratungen in Familienangelegenheiten zu erhalten“, heißt es.
- **Die Grünen möchten „Spielplatzflächen erweitern“**. Dafür soll das Bezirksamt prüfen, welche Spielplätze bis in benachbarte Nebenstraßen hinein vergrößert werden können. Nach Ansicht der Fraktion bieten sich beispielsweise Teile der Gierkezeile, der Fritschestraße und der Helgolandstraße für eine Umwandlung an.
- **Die FDP fordert das Bezirksamt auf**, Initiativbewerbungen für die Verwaltung „dauerhaft sicherzustellen und qualitativ zu verbessern“. Die Fraktion beklagt, dass „keine einzige der 3000 Initiativbewerbungen, die das Bezirksamt im Jahr 2021 erhielt“, zu einer Stellenbesetzung führte. Dies gehe aus der Antwort von Bezirksbürgermeisterin **Kirstin Bauch** (Grüne) auf eine Große Anfrage im vergangenen Juni hervor.

- **Die CDU** richtet unter anderem Fragen zur Vermüllung von Parks und des öffentlichen Raums und der Zukunft des Wochenmärkte an das Bezirksamt. Zum zweiten Thema ist die Antwort von Ordnungsstadtrat **Oliver Schruoffeneger** (Grüne) bereits hier nachlesbar.
- **Die Webseite des Bezirks ist bisher nur deutschsprachig.** Die einzige Ausnahme sind spezielle Hinweise für Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine. „Ohne deutsche Sprachkenntnisse ist die Information und der Zugriff auf die Angebote des Bezirksamts für viele Berliner:innen ausgeschlossen“, kritisiert die Linksfraktion und fordert, dies zu ändern. In einem ersten Schritt müsse der Internetauftritt ins Englische übersetzt werden.
- **Im Dunkeln liegt ein Verbindungsweg für Fußgänger** zwischen der Münsterschen Straße und der Westfälischen Straße in Wilmersdorf. Am 11. August waren fünf Gaslaternen ersatzlos demontiert worden. Darüber beschwert sich eine Bürgerin in einem Schreiben, das sie an mehrere BVV-Fraktionen, Umwelt- und Verkehrssenatorin **Bettina Jarasch** (Grüne) und den Tagesspiegel richtete. Die Linken greifen das Problem auf. „In Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen“ soll das Bezirksamt dafür sorgen, dass die Beleuchtung „umgehend wieder hergestellt wird“ und dafür „möglichst LED-Beleuchtungen Verwendung finden“.